



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0386390

P/XIV/88 - 18. April 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|--|----|
| 1 | <u>Das Minuten-Interview:</u> | 28 |
| | MdB Dr. Julius Brecht
zu den Ankündigungen des
Bundeswohnungsbaueministers Lücke | |
| 2 - 3 | Ursachen einer blutigen Explosion | 94 |
| | Die Gefahren des Rassenhasses
und der rassistischen Vorurteile
Vor Kurt Kaiser-Blüth | |
| 4 - 5 | "Wir haben kein gutes Gefühl ..." | 96 |
| | Pressestimmen zum Ausscheiden Fritz Sängers aus der dpa | |
| 6 | Ortsexperten der UDC | 34 |
| | Bezeichnende Ernennungen | |

* * *

* * *

Das Minuten-Interview:

MdB Dr. Julius Brecht

zu den Ankündigungen des
Bundeswohnungsbauministers Lücke

SPD-Pressedienst: Herr Dr. Brecht, Sie sind ja in Ihrer Eigenschaft als Bundestagsabgeordneter und als Leiter der Organisation der Gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen besonders interessiert an einer vernünftigen Regelung der Überleitung der Wohnungswirtschaft in die Marktwirtschaftsform. Können Sie uns bitte sagen, wie Sie die letzten Ankündigungen des Herrn Bundeswohnungsbauministers beurteilen?

Dr. Brecht: Es ist durchaus zu begrüßen, daß der Bundeswohnungsbauminister bei der Weiterverfolgung seines Planes nicht so stur ist, sondern sachverständigen Einwendungen und Kritiken nachgeben will. Die nahezu unveränderte Beibehaltung des Mieterschutzes in der Übergangszeit mindert zahlreiche Einwände, ebenso, daß die Termine hinausgeschoben und zeitliche Abläufe erheblich verlängert werden.

Der Plan wird aber auch in mehreren anderen Punkten geändert werden müssen, wenn er für alle Bevölkerungskreise sozial tragbar sein soll.

Vor allem müssen zunächst bis zum Inkrafttreten des Gesetzes und in der Übergangszeit so viel neue Wohnungen, namentlich soziale Wohnungen, gebaut werden, daß der Wohnungsbedarf an allen Orten, auch in den Großstädten, voll gedeckt ist. Nur dadurch kann verhindert werden, daß spekulative, über die Kostendeckung hinausgehende Mieten entstehen. Ich hoffe, daß der Bundeswohnungsbauminister auch diesen Notwendigkeiten noch entspricht, und daß er und die Bundesregierung bereit sind, den Plan noch mehr nach diesen sozialen Erfordernissen umzugestalten.

Im übrigen freue ich mich, daß die öffentlichen Kritiken und Diskussionen an dem ersten Entwurf doch dazu geführt haben, daß unsoziale und der Wirklichkeit nicht gerecht werdende geplante Regelungen korrigiert werden.

* * *

18. April 1959

Ursachen einer blutigen Explosion

Die Gefahren des Rassenhasses und der rassistischen Vorurteile

Von Kurt Kaiser-Blüth

Der ausführliche Bericht der in den belgischen Kongo gesandten parlamentarischen Untersuchungskommission, die an Ort und Stelle den Ursachen des Dramas von Leopoldville nachgehen sollte, liegt jetzt vor. Die Kommission hat es sich nicht leicht gemacht und mit lobenswerter Objektivität zahlreiche Vernehmungen durchgeführt. Das Resultat dieser minutiöser Untersuchungen ist von grossem Interesse, nicht nur für Belgien, sondern für alle Völker, die vor den gleichen Problemen stehen und die gezwungen sind, sich mit dem Emanzipationswillen der früheren Kolonialvölker auseinanderzusetzen.

Die Kommission, die keineswegs die materiellen Ursachen der Revolte von Leopoldville vernachlässigt oder gering einschätzt (die grausigen Wohnbedingungen der Eingeborenen, der niedrige Lebensstandard der farbigen Bevölkerung im allgemeinen und die verwüsternden Auswirkungen der Arbeitslosigkeit), kommt zu einer psychologisch höchst eindrucksvollen Schlussfolgerung moralischer Natur: Die verletzte Menschenwürde der eingeborenen Bevölkerung hat bei diesem elementaren Zornausbruch der schwarzen Massen eine sehr bedeutsame Rolle gespielt. Es gab nicht die "notwendige gegenseitige Achtung zwischen Weissen und Farbigen." Die Farbigen wurden die Opfer einer Mißachtung ihrer Menschenwürde, die vielleicht in früheren Zeiten stöisch hingenommen wurde, die aber heute zwangsläufig den Zündstoff der Revolte anküpfelt, bis die Explosion unvermeidlich geworden ist - - -.

"Der Schwarze ist kein Tier"

Die Kommission hat eine grössere Anzahl Zeugenaussagen und Bekundungen vor allem von Eingeborenen gesammelt, die in ihrer lapidaren Kürze und fast brutalen Offenheit einen tiefen Einblick in die Mentalität der Farbigen und in die Art ihrer Reaktion gestatten.

Ein afrikanischer Bürgermeister erklärte unter anderem:

"Viele Kongolesen sind verbittert, weil sie Demütigungen ausgesetzt sind..."

Ein farbiger Journalist sagte den Parlamentariern:

"An den Postschaltern, in den Geschäften und in anderen Stellen des öffentlichen Lebens werden die Schwarzen immer wieder gedemütigt, weil man die Weissen vor den Schwarzen abfertigt. Das ist eine schwere Beleidigung ihrer Eigenliebe und Würdigen auch in keiner Weise legal gerechtfertigt".

Ein schwarzer Geistlicher erklärte:

"Der 'kleine Weisse' hat nur Verachtung für den Schwarzen, er zerbricht den schwarzen Menschen durch das Gewicht seines Überlegenheitskomplexes. Das häuft eine Verbitterung an, die durch einen Funken zur Explosion gebracht werden kann..."

Ein anderer schwarzer Geistlicher sagte:

"Ein Hauptgrund der Revolten war der Hass, der die menschlichen Beziehungen vergiftet..."

Sehr pessimistisch urteilen farbige Gewerkschafter, die feststellen:

"Der Schwarze ist als ein Tier angesehen, das kein Recht auf Respektierung seiner Person hat".

Und ein schwarzer Bürgermeister meinte:

"Es gilt, den Schwarzen als einen Menschen zu sehen, und nicht als ein Tier..."

18. April 1959

"Bald der Autorität von Farbigen unterstellt sein!"

Der ehemalige Kolonialminister Dequae schreibt in seinem Bericht diese beachtlichen Sätze:

"Die Weissen werden sich an den Gedanken gewöhnen müssen, dass in einigen Monaten gewisse Eingeborene sich an ihren Seiten in völliger Gleichberechtigung befinden werden. Auf der sozialen, aber auch auf der politischen Ebene werden gewisse Weisse unter der Autorität dieser farbigen Eingeborenen stehen..."

Der ehemalige Kolonialminister bedauert die rassistischen Vorurteile gewisser europäischer Bevölkerungsschichten, die sich nicht daran gewöhnen können, dass die Zeiten des Kolonialismus für immer tot sind.

Ein kleiner, sehr symptomatischer Auszug aus dem Bericht der Untersuchungskommission:

"Die Angewohnheit, die entwickelten und geistig aufgeschlossenen Eingeborenen zu duzen, erinnert sie ständig daran, dass man ihrer Person nicht den ihr gebührenden Respekt entgegenbringt... In den Geschäften nach den Europäern bedient zu werden, in den Büros der Behörden verpflichtet zu sein, ihren Platz den Weissen zu überlassen, nicht aufgefordert zu werden, sich zu setzen, all das sind Motive für eine Verbitterung, die umso stärker ist, als die Behörden die Eingeborenen einladen, wie die Weissen zu leben..."

Die Affäre des ABAKO

Der Bericht der Untersuchungskommission beweist, wie richtig der Kolonialminister van Hemele rijck gehandelt hat, als er, ohne bürokratische Hemmungen dafür Sorge trug, dass die ins Gefängnis geworfenen Führer der ABAKO-Bewegung in Freiheit kamen. Das vorhandene Belastungsmaterial scheint wenig erheblich zu sein. Der Minister, dessen fortschrittliche Gesinnung frischen Wind in die etwas erstarrte Verwaltung der Kolonie gebracht hat, ist deshalb von den kongoliesischen Ultras aufs schärfste angegriffen worden.

Aber er hat nicht nur die kongoliesische Magistratur vor einem Prozess ohne Ausgang gerettet, sondern auch zur Beruhigung der breiten kongoliesischen Massen beigetragen.

Loyalismus der Farbigen

Die Untersuchungskommission ehrt in ihrem Bericht das Verhalten zahlreicher Farbiger, die durch ihr heroisches Verhalten, unter Risiko ihres eigenen Lebens, viele Europäer, vor allem Frauen und Kinder, vor dem Furor der entfesselten Menge bewahrt und die Bedrohten in Sicherheit gebracht haben. Die meisten Opfer, unter denen sich kein Europäer befindet, fielen durch das Auftreten sogenannter europäischer Freiwilligenkontingente, die nur allzu leicht von der Schusswaffe Gebrauch gemacht haben. Diese Kontingente sind inzwischen weitgehend aufgelöst und entwaffnet worden. Der Bericht weist auf die Notwendigkeit hin, diesen Faktor einer unnötigen Spannung heben der Gewährung von Unabhängigkeit für den Kongo beschleunigt zu beseitigen.

18. April 1959

"Wir haben kein gutes Gefühl ..."

Das erzwungene Ausscheiden Fritz Sängers aus der Leitung des grössten deutschen Nachrichtendienstes wurde von führenden Zeitungen des In- und Auslandes mit Bestürzung, Unruhe und Empörung aufgenommen. Wie gross die Sorge um die künftige Unabhängigkeit von dpa ist, beweisen die nachfolgenden Pressestimmen.

"Svenska Dagbladet", 12. April 1959: "Unter seiner Leitung wurde die Agentur mustergültig entwickelt bei einer objektiven Nachrichtengebung von der Art, wie man sie bei einer offiziellen Agentur erwartet. dpa gehört der westdeutschen Presse, so wie IT der schwedischen gehört. Als der Aufsichtsrat Sänger kündigte, wurde das damit begründet, dass Sänger in einem Vortrag vor einer Gruppe von Gewerkschaftsjournalisten die abhängige Stellung der Journalisten in der deutschen Presse kritisierte. Das betrachteten die Verleger - Sängers Arbeitgeber - als eine ungebührliche Kritik.

"Stockholms Tidningen", 12. April 1959: "... erinnert daran, dass Sänger der seit 1920 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, schon seit mehreren Jahren wegen seines 'allzu ausgeprägten Profils' vom Aufsichtsrat kritisiert worden ist. Niemand kann behaupten, dass S. versucht habe, dem Dienst der dpa eine pro-sozialdemokratische Prägung zu geben."

"Trybuna Ludu", Warschau, 10. April 1959: "Die Entfernung Sängers stellt ein Symptom für die langjährigen Vorbereitungen der CDU und Dr. Adenauers für den entscheidenden Propaganda-Endkampf für die Wahlen 1961 dar. Dies ist der Weg zur völligen Unterordnung der Hauptinformationsquellen für die Bevölkerung unter diese Partei und ihre Pläne."

"Der Mittag", Düsseldorf, 13. April 1959: "Sänger, der heute 58 Jahre alt ist und von sich sagen darf, die dpa zu der in aller Welt anerkannten grossen bundesdeutschen Nachrichtenzentrale gemacht zu haben, scheidet so 'freiwillig', wie man auch im Dritten Reich heute aus ihren Ämtern gehen sah, die einen parteipolitischen Schönheitsfehler hatten. Das 'Übereinkommen', das ihn jetzt davonschickt, scheint in verschämter Form erledigt zu haben, was nach 1933, wo Sozialdemokraten und heutige Christdemokraten noch als gemeinsame Leidtragende auf die Strasse flogen, mit der dreisten aber aufrichtigen Formel 'untragbar' bewerkstelligt wurde. Wir finden, das Verfahren ist nicht deswegen geschmackvoller geworden, weil man heute Glashandschuhe dazu anzieht."

"Die Welt", 10. April 1959: Nach einer Bemerkung über die Bedeutung des Platzes, an dem der Chefredakteur der Nachrichtenagentur eines Landes zu wirken hat: "Günstige Umstände, aus denen eine weise Regel werden sollte, haben es so gefügt, dass der erste Chefredakteur der Presseagentur der Bundesrepublik (dpa) der Opposition angehörte. Fritz Sänger ist Sozialdemokrat. Die Erwartungen, die man in ihn setzte, hat er vollauf erfüllt. Er hat dpa weder sozialdemokratisch noch christlich-sozial, sondern unabhängig geführt. Dafür verdient er unseren Dank. Ausserdem ist unter seiner Leitung das kleine bescheidene Nachrichtenbüro, das noch am Gängelband der Alliierten seine ersten Schritte machte, zu einer grossen Agentur von Weltruf geworden. Dafür verdient er unsere

18. April 1959

Anerkennung. - In Deutschland gab es einmal ein 'Deutsches Nachrichtenbüro', das nichts weiter als ein Sprachrohr der nationalsozialistischen Regierung war. Solche Spuren sollten schrecken."

"Süddeutsche Zeitung", München, 15. April 1959: "Sängers Ausscheiden habe 'keinerlei politische Gründe', versichert Dr. Stenzel, Vorsitzender des Aufsichtsrates. Das legt die Frage nahe, ob es nicht wirtschaftliche sein könnten, denn Politik und Wirtschaft - man denke etwa an die 200 industriellen Bezieher des dpa-Dienstes - stehen ja in einer engen Wechselbeziehung. Sänger seinerseits lässt wissen, dass man ihm die in geheimer Sitzung erarbeitete Begründung für die Entlassung vorenthalten habe. Eine merkwürdige Geschichte. Die Wahl des Nachfolgers wird vielleicht ein Urteil darüber erlauben, ob der Verdacht nicht doch begründet war."

"Frankfurter Allgemeine", 9. April 1959: "Wer sich jemals mit der Arbeitsweise und der Organisation der die meisten deutschen Tageszeitungen mit Nachrichten beliefernden 'Deutschen Presse-Agentur' (dpa) vertraut machen konnte, wird vielerlei, aber nicht haben feststellen können, dass ihr Chefredakteur Fritz Sänger versucht habe, der Berichterstattung einen seiner eigenen politischen Überzeugung entsprechenden subjektiven Stempel aufzudrücken. Dennoch ist nicht ein Jahr seit dem Bestehen dieser Nachrichtenagentur vergangen, in dem nicht gegen Sänger, der seit 1920 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, 'geschossen' worden wäre. Dem ist er jetzt, obschon er auch in der Regierungspartei viele Freunde hat, erlegen."

"Allgemeine Wochenzeitung der Juden", Düsseldorf, 17. April 1959: "Wir haben kein gutes Gefühl bei dieser Entwicklung, und uns kommt die Erinnerung an vergangene Jahre, als man ebenfalls mit dem 'Abschuss' aufrechter Demokraten parteipolitischer Willkür und den verderblichen Ambitionen mächtiger Interessengruppen die Tore öffnete. Wenn ein anerkannter Demokrat wegen seiner unanfechtbaren Haltung gewissen Leuten lästig wird, ist es um ihre angebliche demokratische Aufrichtigkeit, aber auch um die Demokratie in dem Land, in dem so etwas möglich ist, schlecht bestellt. Wir befürchten im Fall Sänger, dass nun, nachdem der demokratische Kopf der dpa beseitigt worden ist, besagte Interessengruppen versuchen werden, die Nachrichtenagentur ihren jeweiligen Zielen gefügig zu machen. Nicht über Nacht natürlich, aber wir sind gespannt, wie es weitergehen wird, und wie die junge deutsche Demokratie diesen Angriff gegen ihre Grundsätze überstehen wird."

"Stuttgarter Zeitung, 14. April 1959: "Ein unbehagliches Gefühl hinterlässt die plötzliche Entlassung des Chefredakteurs der einzigen unabhängigen und neutralen Deutschen Presse-Agentur, Fritz Sänger, der der SPD angehört. Die äusseren Gründe, die zur Entlassung durch den dpa-Verwaltungsrat geführt haben sollen, sind nicht bekanntgegeben worden. Wie sie auch lauten mögen, es drängt sich die Frage auf, ob man ihn auch entlassen hätte, wenn er der CDU angehören würde?"

"Welt der Arbeit", Köln, 17. April 1959: "Sänger hatte eine Meinung (er war Sozialdemokrat, ein sehr eigenwilliger sogar). Sänger hatte Profil. Er genoss auch im Ausland Ansehen. Sind das nicht grosse Fehler? Leistung, Objektivität, Sauberkeit - uninteressant! Wichtig ist allein die politische Richtung. Die muss stimmen. Das ist nun einmal der neue deutsche Bundesstil à la Bonn. Und in die passte Sänger nicht hinein."

Ostexperten der CDU

sp. - Nach der Wahl des Abgeordneten Kiesinger zum Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden musste die CDU/CSU-Fraktion für ihren Arbeitskreis 5, der sich mit auswärtigen Angelegenheiten sowie gesamtdeutschen und Verteidigungsfragen beschäftigt, ihren neuen Vorsitzenden suchen. Wenn man sich die Neubesetzung dieses Arbeitskreises ansieht, so kann man nicht umhin festzustellen, dass hier Personen mit Aufgaben betraut wurden, die bestimmte politische Absichten erkennen lassen.

Der Abgeordnete Majonica, der sich seine Sporen durch die Propaganda für Tschinasg Kai-Schek verdient hat, wurde Vorsitzender dieses wichtigen Arbeitskreises.

Es mag lobenswert erscheinen, dass Majonica glaubte, einen Unterausschuss für die Staaten Osteuropas bilden zu sollen, doch muss es merkwürdig berühren, dass der Vorsitzende dieses Unterausschusses ausgerechnet der frühere Vorsitzende des Gesamtdeutschen Blocks (BGE), Waldemar Kraft, ist.

Kraft hat lange Jahre als polnischer Staatsbürger Erfahrungen in Polen sammeln können. Ist es aber weise, einen Mann, der bis fast zum Kriegsende unter der Nazi-Regierung in Polen gearbeitet hat, ausgerechnet für dieses Land zuständig zu machen? Die Aufgabe dieses Unterausschusses besteht unter anderem darin, die Politik in den betreffenden Staaten zu beobachten, und auch die Verbindung zu jenen Organisationen aufrechtzuerhalten, die im NATO-Bereich bestimmte Funktionen haben.

Die Ernennung Krafts wird politisch dadurch unterstrichen, dass für die baltischen Staaten der Abgeordnete Mantauzel-Szoce verantwortlich sein soll, der keine Gelegenheit vorbeigehen lässt, politisches Porzellan zu zerschlagen. Als führender Vertreter der Vertriebenen-Verbände hat er sich des Öfteren gegen die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu den Oststaaten geäußert. Es erscheint bedeutsam, dass die CDU gerade derartige Personen mit solchen Aufgaben betraut. Vielleicht aber wird hier die Personalpolitik von einer Gruppe interessierter Leute gesteuert, die nicht selbst zum Kreis der Abgeordneten gehören.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel